

Medienmitteilung vom 24. Juni 2008

Die Grünen mobilisieren gegen das AKW-Mühleberg

Eine unbefristete Betriebsbewilligung für das AKW Mühleberg ist nicht verantwortbar. Daher mobilisieren die Grünen in der nur 30-tägigen Einsprachefrist gegen das Gesuch mit allen Kräften ihre Mitglieder. Wer in den einspracheberechtigten Gemeinden wohnt, erhält Unterstützung.

Das AKW Mühleberg darf keine unbefristete Betriebsbewilligung erhalten. Mit 36 Jahren ist Mühleberg weltweit eines der ältesten noch laufenden AKW. Die seit 1990 bekannten Risse im Innersten des Mühleberg-Reaktors sind in den letzten Jahren um mehr als einen Meter gewachsen. Es ist zudem nicht erwiesen, dass Mühleberg gegen Flugzeugabsturz und Erdbeben gesichert ist. Dass in Notsituationen das Personal die richtigen Handgriffe ausüben muss, stellt ein weiteres erhebliches Risiko dar. Der heutige Stand der Technik würde vielmehr eine automatisierte Lösung verlangen. Die Grünen fordern die Bevölkerung und ihre Mitglieder auf, sich am Einsprachenverfahren zu beteiligen und kundzutun, dass Mühleberg und damit Atomstrom keine Lösung für die Zukunft darstellt.

Die Zukunft liegt in der Energieeffizienz

Die oben genannten Risikofaktoren sprechen klar gegen eine Verlängerung der Laufzeit von Mühleberg. Die Energiezukunft liegt für die Grünen in der Steigerung der Energieeffizienz. Das Potenzial an erneuerbaren Energien ist riesig und im Kanton Bern ist eine Vollversorgung möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Das AKW Mühleberg soll daher 2012 abgeschaltet werden.

Mit Initiativen Druck ausüben

Die Grünen arbeiten daran, die energiepolitische Wende auf allen Ebenen in die Wege zu leiten. Die Grünen Kanton Bern bereiten eine breit abgestützte Volksinitiative vor, welche die vollständige Versorgung des Kantons mit erneuerbarer Energie in der Verfassung festschreiben soll. Die Grünen Biel fordern per Initiative ein Reglement, das den Ausstoss von Treibhausgasen senkt, der durch die Verwaltung, die städtischen Liegenschaften und die städtische Energieversorgung verursacht wird. In der Stadt Bern bereitet das Grüne Bündnis eine Initiative vor, die den Stromproduzenten EWB auffordert, in Zukunft ganz auf Atomstrom zu verzichten.

Für weitere Auskünfte:

Franziska Teuscher, Co-Präsidentin Grüne Schweiz, 079 608 91 03
Rita Haudenschild, Grossrätin Grüne Kanton Bern, 078 623 18 23